

440 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVI. GP

**Einspruch des Bundesrates
gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates
vom 17. Oktober 1984 betreffend ein Bundes-
gesetz, mit dem das Gewerbliche Sozialversi-
cherungsgesetz geändert wird (9. Novelle zum
Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz —
GSVG)**

REPUBLIK ÖSTERREICH
DER VORSITZENDE DES BUNDESRATES
Zl. 151/2-BR/84

An den
Herrn Präsidenten des Nationalrates

Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung den
Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 17. Okto-
ber 1984 betreffend ein

Bundesgesetz, mit dem das Gewerbliche Sozial-
versicherungsgesetz geändert wird (9. Novelle
zum Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz —
GSVG),
in Verhandlung genommen und beschlossen, gegen
diesen Gesetzesbeschluß mit der angeschlossenen
Begründung **Einspruch** zu erheben. %

Hievon beehre ich mich im Sinne des Art. 42
Abs. 3 B-VG die Mitteilung zu machen.

Unter einem wird der Einspruch des Bundesrates
auch dem Herrn Bundeskanzler zur Kenntnis
gebracht.

25. Oktober 1984

Dkfm. Dr. Frauscher

%

**Begründung
des Einspruches des Bundesrates vom
25. Oktober 1984 betreffend den Gesetzesbe-
schluß des Nationalrates vom 17. Oktober
1984 über ein Bundesgesetz, mit dem das
Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz geän-
dert wird (9. Novelle zum Gewerblichen
Sozialversicherungsgesetz — GSVG)**

Die 9. Novelle zum Gewerblichen Sozialversi-
cherungsgesetz gehört zum sozialistischen Pen-
sionsbelastungspaket.

Dies bedeutet

- eine neuerliche Beitragssatzerhöhung um 1%,
nachdem schon mit 1. Jänner 1984 der Pen-
sionsbeitrag nach dem GSVG von 11% auf
12% erhöht worden ist,
- Pensionskürzungen bei bestehenden Pensio-
nen durch eine Verschlechterung der Pen-
sionsdynamik ab 1986 (durch die Berücksich-
tigung der Arbeitslosigkeit),
- Benachteiligung von Frauen mit Kindern
(durch den Wegfall des Grundbetrages bei
der Pensionsbemessung),
- keine Förderung der Eigenvorsorge.

Trotz eingehender Bemühungen der Österrei-
chen Volkspartei waren SPÖ und FPÖ im Zuge

der Beratungen im Nationalrat über die 9. Novelle
zum Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz nicht
bereit, von der grundsätzlich falschen Philosophie
der Belastungen und der Kürzungen abzugehen.
Das jetzt vorliegende Pensionsbelastungspaket
bringt keine langfristige Sicherung der Pensionen,
sondern lediglich eine kurzfristige Entlastung des
Staatshaushaltes.

Die Österreichische Volkspartei stellt der Bela-
stungspolitik der Regierung Sinowatz/Steger ihr
Konzept einer offensiven Wirtschaftspolitik gegen-
über, das darauf abzielt, die Arbeitslosigkeit zu sen-
ken, das Budget zu sanieren, zwangsweise Pensio-
nierungen zu vermeiden und die Pensionen langfri-
stig zu sichern.

Mittel- und langfristig können Pensionen nur
unter zwei Voraussetzungen finanziert werden:

- Durch eine wirtschaftspolitische Wachstums-
strategie, weil Arbeitslose keine Pensionsbei-
träge zahlen;
- durch ein rigoroses Sparprogramm im Staats-
haushalt, weil das Geld, das heute für Ver-
schwendungsprojekte ausgegeben wird, bes-
ser eingesetzt werden muß.

Aus all diesen Gründen erhebt der Bundesrat
gegen den im Titel zitierten Gesetzesbeschluß des
Nationalrates Einspruch.